



3 Minuten für die Jungen.

Sehr geehrte Frau Nationalrätin, sehr geehrter Herr Nationalrat,
sehr geehrte Frau Ständerätin, sehr geehrter Herr Ständerat,

In nur drei Minuten haben Sie diese Mitteilung gelesen. Sie vermittelt Ihnen einen kurzen, präzisen Überblick über ein kinder- bzw. jugendrelevantes Geschäft.

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Herbstsession 2023. *Sami Kanaan, EKKJ-Präsident*

Den Willen von Volk und Ständen zur Tabakwerbung respektieren

Volk und Stände haben am 13. Februar 2022 mit deutlicher Mehrheit die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» angenommen. Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) begrüsst den Vorschlag des Bundesrates zur Umsetzung dieser Initiative und fordert, dass die Teilrevision des Tabakproduktegesetz (23.049) den Volkswillen respektiert und keine Änderungen vorgenommen werden, die diesen verwässern.

Die EKKJ hat sich in den vergangenen Jahren für ein wirksames Tabakproduktegesetz eingesetzt. Dabei forderte sie nebst einem Verkaufsverbot sämtlicher Tabakprodukte an Minderjährige im Sinne einer nachhaltigen Prävention auch umfassende Verbote von Tabakwerbung, Tabakpromotion und -sponsoring.¹ In der Volksabstimmung vom Februar 2022 wurde dieses Anliegen von einer Mehrheit der

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und mit 15 zu 8 Ständesstimmen bestätigt. Die EKKJ begrüsst die Vorlage des Bundesrates, auch wenn sie der Ansicht ist, dass ein umfassendes Verbot von Werbung, Promotion und Sponsoring ehrgeiziger und einfacher umzusetzen gewesen wäre. Zudem hätte es der Schweiz ermöglicht, das Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC) zu ratifizieren und gleichzeitig das mit der Initiative verfolgte Ziel des Jugendschutzes zu erreichen.²



Kinder und insbesondere Jugendliche orientieren sich an der Erwachsenenwelt.

Das Verbot von Werbung in allen Zeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen, unabhängig davon, wie gross der Anteil der erwachsenen Leserschaft ist und ob die Publikationen kostenlos oder kostenpflichtig sind, entspricht den Forderungen der Volksinitiative. Die SGK-S schlägt vor, Werbung im Innenteil von Publikationen, die mehrheitlich über Abonnemente an Erwachsene verkauft werden, zu erlauben. Abgesehen davon, dass Jugendliche sich an der Erwachsenenwelt orientieren und auch Zugang zu von Erwachsenen abonnierten Presse-

¹ https://ekkj.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekkj/02publikationen/3m/d_19_3_Minuten_fuer_die_Jungen_Tabakproduktegesetz.pdf

² https://ekkj.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekkj/02publikationen/ST/2022_modification_LPTab_prise_de_position_CFEJ.pdf



erzeugnissen haben, öffnen Begriffe wie «mehrheitlich» oder «hauptsächlich» Tür und Tor für Ausnahmen und Möglichkeiten, das Gesetz zu umgehen. Auch beim Sponsoring von Veranstaltungen in der Schweiz sind mit Blick auf einen konsequenten Jugendschutz keine weiteren Ausnahmen zu formulieren.

Die EKKJ spricht sich ausserdem für die Beibehaltung der Meldepflicht für Ausgaben für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring aus. In ihrer Vernehmlassungsstellungnahme hat sie diesbezüglich gefordert, dass die Unternehmen die Beträge, die sie in Werbung, Promotion und Sponsoring investieren, separat ausweisen. Dank solcher differenzierten Zahlen können mögliche Verschiebungen der Ausgaben von einer Werbeform zu einer anderen aufgezeigt werden.

Aus all diesen Gründen empfiehlt die EKKJ eine konsequente Umsetzung des Volksentscheids und ruft die Ratsmitglieder dazu auf, keine Änderungen vorzunehmen, die diesen verwässern.

Politische Bildung fördern und Finanzierungslücken schliessen

Die EKKJ hat sich in der aktuellen Legislatur mit der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen vertieft auseinandergesetzt. Nebst einer Studie zu politischen Partizipationsformen und zur Motivation von Jugendlichen, sich zu engagieren hat sie Empfehlungen zur Stärkung der politischen Partizipation erarbeitet. Ein im August 2023 publiziertes Positionspapier zur Politischen Bildung in der Schweiz, das auf den Ergebnissen der Studie basiert, rundet diese Arbeiten ab.³



Politische Bildung ist ein Grundpfeiler der Demokratie.

Die EKKJ formuliert darin eine Reihe von Forderungen zur Stärkung der politischen Bildung. Damit sich Kinder und Jugendliche zunehmend aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen können,

muss ihr Interesse bereits im Schulalter geweckt werden. Politische Bildung soll deshalb stärker in die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften integriert werden. Auch Angebote der non-formalen politischen Bildung (z.B. in Jugendorganisationen) müssen ausgebaut und insbesondere in ländlichen Gebieten leichter zugänglich gemacht werden. Dazu braucht es eine gesicherte Finanzierung. Dafür sollen existierende Förderinstrumente auf allen Staatsebenen bei Bedarf ergänzt und Finanzierungslücken wie bei non-formalen Angeboten, die während der Schulzeit stattfinden, geschlossen werden. Die Kommission empfiehlt daher, die Mo. Roth Pasquier 21.4417 «Politische Bildung fördern und Verbände, die dazu beitragen, unterstützen» anzunehmen.



Weitere Auskünfte

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

Effingerstrasse 20, 3003 Bern

Tel. +41 58 462 92 26

ekkj-cfej@bsv.admin.ch

www.ekkj.ch

³ Die erwähnten Dokumente stehen unter <https://ekkj.admin.ch/themen/politische-bildung> zur Verfügung.